

STAATSANZEIGER

Wochenzeitung für Wirtschaft, Politik und Verwaltung in Baden-Württemberg



Politik & Verwaltung

Haushalte unter Kontrolle

Nach den leidvollen Erfahrungen mit Griechenland will man bei der Europäischen Union die Etats der Mitgliedsländer früher und genauer prüfen als bislang. Das hat auch Auswirkungen auf die Bundesländer in Deutschland. **Seite 5**

Bildung & Wissenschaft

Ingenieure wollen Diplom behalten

Die Technischen Universitäten wollen den Abschluss Diplom-Ingenieur beibehalten. Nun bekommen sie Unterstützung von Wissenschaftsminister Peter Frankenberg (CDU). **Seite 6**

Ausschreibung & Vergabe

EuGH stärkt Bieterrechte

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat nun einen Vorstoß der EU-Kommission bestätigt. Damit steigen die Aussichten unterlegener Bieter auf Rechtsschutz unterhalb der EU-Schwellenwerte. **Seite 12**

Kreis & Kommune

Bioenergieregion im Nordwesten

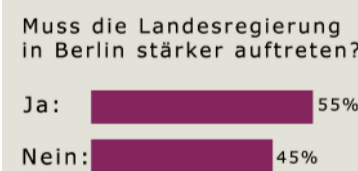
Mit einer Reihe von Projekten wollen drei Landkreise zusammen den CO₂-Verbrauch bis 2012 erheblich senken helfen. **Seite 14**

Kultur

Schätze in Industriemuseen

Im Mittleren Schwarzwald stoßen Besucher auf ungewöhnliche Kleinode: Gleich fünf Industriemuseen präsentieren die Ergebnisse kreativer Tüftler. Neben Auto- gibt es auch Uhrensammlungen. **Seite 28**

Online-Umfrage-Ergebnis



Mehr Informationen finden Sie auf staatsanzeiger.de.

Beilage

Der Gesamtauflage des Staatsanzeigers liegt in dieser Ausgabe die Beilage „FORUM Verlag“ bei.

Zentralblatt Seite 15
Amtliche, öffentliche und gerichtliche Bekanntmachungen

Beruf & Karriere Seite 23
mit Stellenanzeigenteil



2,10 Euro

LESERSERVICE

Zentrale (0711) 666 01-0
Aboservice (0711) 666 01-31
Anzeigen (0711) 666 01-21

Verkehrspolitik

Die Bundesregierung will Anfang Juni die Eckpunkte für die mittelfristige Finanzplanung festlegen. Im Verkehrsressort soll dabei deutlich gespart werden. Ein Konzept des Wirtschaftsrats der CDU zeigt nun, dass gerade beim Erhalt der Bundesfernstraßen erhebliche Einsparpotenziale möglich sind.

Von Wolfgang Leja

STUTTGART/BERLIN. Auf der Kabinettsklausur der Bundesregierung in Schloss Meseberg schlägt die Stunde der Wahrheit. Will man die Vorgaben der Schuldenbremse erfüllen, muss Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) bei der aktuell erwarteten Wirtschaftsentwicklung jährlich zehn Milliarden Euro weniger ausgeben. Schäuble hat seinen Kabinettskollegen daher auch bereits konkrete Sparsvorgaben gemacht. Danach soll neben dem Verteidigungsminister vor allem Verkehrsminister Peter Ramsauer (CSU) den Gürtel enger schnallen. Schäuble fordert von ihm, im Jahr 2011 knapp 260 Millionen Euro und in den Folgejahren mehr als eine halbe Milliarde Euro jährlich einzusparen. Schon jetzt ist klar: Eine Einigung wird schwer. Denn Ramsauer kündigte bereits an, weiter „auf hohem Niveau in Schiene, Straße und Wasserwege investieren“ zu wollen.

Aufgaben zwischen Bund und Ländern besser koordinieren

Dabei wären die Sparanstrengungen im Verkehrsministerium vielleicht auf ganz andere Weise zu schultern. Wenn es etwa nach dem Wirtschaftsrat der CDU ginge, könnte dies sogar ohne Abstriche an der Verkehrsinfrastruktur geschehen. Zusammen mit 16 führenden Verbänden und Institutionen

Ruf nach besserem Schutz vor Hochwasser

MAINZ/STUTTGART. Umweltschützer fordern für den Rhein einen besseren Hochwasserschutz mit naturnahen Überflutungsflächen. Bislang ständen oft die Interessen der Landwirte dagegen, kritisierte die Arbeitsgruppe Rhein des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) an diesem Donnerstag in Mainz: „Das Hochwasser an Oder und Weichsel muss Mahnung für die dem Rhein anliegenden Bundesländer sein, den dringend erforderlichen Hochwasserrückhalt im Rheineinzugsgebiet zu forcieren.“

Die Vorsitzende des BUND in Baden-Württemberg, Brigitte Dahlbender, sprach von einer massiven Gefährdung der Rheinanlieger. Das sei ein Skandal. (lsw)

Wirtschaftsrat: 600 Millionen Euro Einsparungen jährlich



Baustellen sind ein alltägliches Bild auf Autobahnen im Land: eine optimale Sanierungsstrategie könnte ihre Zahl verringern. FOTO: DPA

460 Millionen Euro für Bundesfernstraßen im Südwesten

Das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) stellt dem Land in diesem Jahr 460 Millionen Euro für die Erhaltung und den Ausbau von Bundesautobahnen und Bundesstraßen zur Verfügung. Darin enthalten

sind rund 100 Millionen Euro aus Sondermitteln der Konjunkturprogramme. Gegenüber dem Vorjahr sind die Bundesmittel für den Bundesfernstraßenbau im Land damit um 90 Millionen Euro zurückgegangen.

der Verkehrs- und Bauwirtschaft sowie der Industrie und des Handels haben die Wirtschaftsexperten unter dem Titel „Mehr Straße für den Euro“ jetzt ein Konzeptpapier vorgelegt, das riesige Einsparpotenziale in der Erhaltung und Bewirtschaftung der Bundesfernstraßen offenlegt: „Es geht um ein Volumen von etwa 600 Millionen Euro pro Jahr“, erklärt der Generalsekretär des Wirtschaftsrats, Wolfgang Steiger. Dieser Betrag ließe sich einsparen, wenn die Aufgabenzuordnung zwischen Bund und Ländern besser koordiniert, Verwaltungsstrukturen optimiert und Investitionen am tatsächlichen Bedarf ausgerichtet würden, sagt er.

Kernpunkt des Konzepts ist eine Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung zwischen Bund und Län-

der, die im Auftrag des Bundes die Bundesfernstraßen bewirtschaften. Darin ist vorgesehen, dass der Bund den Ländern einen festen Betrag für Erhaltungsinvestitionen zur Verfügung stellen solle. Im Gegenzug verpflichten sich die Länder, das Straßennetz in einem gemeinsam mit dem Bund definierten Zustand zu halten. Die Vereinbarung soll statt auf jährlichen Ab-

sprachen auf einer Laufzeit von fünf Jahren basieren.

„Das Kernproblem ist, dass die Erhaltungsmittel derzeit nur jährlich zur Verfügung stehen“, erläutert Frank Schmid, Geschäftsführer der Schmid Mobility Solutions GmbH, die an der Erstellung des Konzepts mitwirkte. Das habe zur Folge, dass langfristige Beschaffungsverträge zu günstigeren Kon-

ditionen gar nicht möglich seien. Stattdessen würden Restmittel oft im Dezemberfieber zum Jahresende in weniger vordringliche Projekte gelenkt, um budgetären Einbußen vorzubeugen. Ein weiteres Problem sei, dass die Verkehrsverwaltung Ausschreibungen in aller Regel kurzfristig durchführen müsse, was die Preise für Erhaltungsmaßnahmen nach oben treibe. Schmid kritisiert auch, dass Losgrößen oft nicht optimal zusammengefasst würden. „Würde man Erhaltungsmaßnahmen bündeln, könnte man diese günstiger beschaffen“, sagt er. Schmid bemängelt zudem, dass Erhaltungsmaßnahmen zu oft nach Kassenlage durchgeführt würden. Dagegen könne man erheblich sparen, wenn der für die Erhaltung optimale Zeitpunkt richtig gewählt würde. Vielfach sei das nicht der Fall, was die Kosten für Erhaltungsaufwendungen in die Höhe treibe.

Effizienzrenditen von 20 Prozent und mehr

„Im Kern ist diese Idee gut“, sagt Gert Klaiber, der Leiter der Abteilung Straßenwesen im Verkehrsministerium Baden-Württemberg. „Wenn ich eine Autobahn oder Brücke zu lange kaputt rumstehen lasse, dann geht die mir in der Substanz kaputt, und dann wird die Sanierung zu einem späteren Zeitpunkt umso teurer“, sagt er. Mit einer optimalen Sanierungsstrategie ließe sich mit Sicherheit eine Effizienzrendite von 20 Prozent und mehr erwirtschaften, schätzt auch Klaiber. „Nur, wenn wir den Sanierungsstau beseitigen wollten, dann müssten wir in relativ kurzer Zeit sehr viel Geld in die Hand nehmen. Das haben wir jedoch nicht.“

Kommentar auf Seite 2.

MEHR ZUM THEMA

Empfehlungen des Wirtschaftsrats der CDU „Mehr Straße für den Euro“ unter: www.wirtschaftsrat.de

SPD legt Konzept zur Neuordnung des Datenschutzes im Land vor

Im Innenministerium werden derzeit noch rechtliche Fragen geklärt

STUTTGART. Der Datenschutz in Baden-Württemberg soll nach dem Willen der Sozialdemokraten in Zukunft beim Landtag angesiedelt werden. Die Aufsicht über die Einhaltung der Datenschutzregeln im öffentlichen sowie im nicht öffentlichen Bereich müsse in eine Hand kommen, unabhängig, bürgernah und effizient sein, forderte Vize-Fraktions- und SPD-Landeschef Nils Schmid an diesem Donnerstag in Stuttgart.

Schmid sagte, dass das Land aus einem entsprechenden Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) endlich Konsequenzen ziehen müsse. Die Richter hatten kritisiert, dass in einzelnen Ländern wie Baden-Württemberg der öffentliche und nicht öffentliche Datenschutz getrennt seien. Die SPD-Fraktion schlägt nun vor, den Datenschutz

beim Landesbeauftragten zu bündeln und dessen Behörde dem Landtag anzugliedern. Bis zu 35 Stellen müssten dafür bis zum Jahr 2012 aufgebaut werden.

Um die Unabhängigkeit zu gewährleisten, wollen die Sozialdemokraten beim Landtag eine Datenschutzkommission einrichten, die als parlamentarisches Kontrollorgan die Aufsicht über die Datenschutzbehörde ausübt. Die Dienstaufsicht des Innenministeriums würde entfallen, eine Fach- und Rechtsaufsicht soll es nicht geben.

Vonseiten des Innenministeriums wurde darauf hingewiesen, dass die Folgen des EuGH-Urteils derzeit analysiert werden. Sobald Ergebnisse vorliegen, werde über aufsichtsrechtliche, organisatorische und verfassungsrechtliche Fragen beraten. (sta/lsw)



Jede Menge Daten liegen in den Personalabteilungen von Unternehmen. FOTO: DDP

Vorschläge zur Vereinfachung des Steuerrechts

STUTTGART. Erst war die Krise, jetzt geht es ans Sparen: Wie in anderen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union muss in Deutschland die Lücke zwischen regelmäßigen Einnahmen und Ausgaben verkleinert werden. Das gilt auf Bundes-, wie auch auf Länder- und kommunaler Ebene.

Die Länderfinanzminister haben nun Vorschläge gemacht, das Steuerrecht zu vereinfachen. (sta) Siehe auf Seite 2.

Online-Umfrage

Geben Sie auf staatsanzeiger.de Ihre Stimme ab.

Sollen sämtliche Subventionen abgeschafft werden?

Ja
 Nein